Vorwort

Als leidenschaftlicher Verfechter der sozialen Marktwirtschaft ist es mir wichtig, den Lesern dieses Buches ein paar Denkanstöße zu dieser Wirtschaftsordnung und anderen politischen Themen zu geben. Politik ist allgegenwärtig und beeinflusst unser Leben und unsere Zukunft mehr, als wir glauben. Was in der Politik entschieden wird, betrifft uns alle.

In einer demokratischen Staats- und Regierungsform sollte das Volk die Politik bestimmen, denn Politik ist zu wichtig, um sie alleine den Politikern zu überlassen, zumal sich das Diskussions- und Dialogfeld in den Debatten unserer Eliten und vor allem unserer Politiker und Medien in Deutschland ständig weiter verengt und sich nur noch auf einen immer kleiner werdenden Diskussions- und Debattenraum fokussiert hat.[1] Eine nicht zu unterschätzende Entwicklung in der politischen Debattenkultur, weil die Lösungen dringender Probleme und deren Denkansätze inzwischen oft außerhalb dieses Diskussions- und Dialograums liegen. Wir brauchen jedoch die ganze Bandbreite unserer Vorstellungskraft, um die Ursachen der Probleme zu erkennen und die richtigen politischen Entscheidungen treffen zu können. Zumal die Komplexität der Themen sich nicht nur auf Deutschland beschränkt, sondern aus heutiger Sicht mehr denn je die Interessen der EU sowie die geopolitischen Interessen der USA, China und Russlands berücksichtigt werden müssen.

[1] Siehe auch Prof. Dr. Mausfeld, Rainer: Elitendemokratie und Meinungsmanagement, 2018.

Vielen Menschen fällt es im Zeitalter zunehmender Globalisierung immer schwerer, die Fülle von Informationen richtig einzuordnen. Nach der eingeschränkten Sichtweise, die uns die Leitmedien vermitteln, ist man heute mit einer anderen Meinung schnell ein Rechter oder Linker oder sogar ein Extremist, zumindest aber ein Populist.

Statt alle Denkweisen in einen demokratischen Dialog einzubinden, dient heute die »Populistenkeule« als Allzweckwaffe gegen jede Denkart, die nicht in diese eingeschränkte Denk- und Sichtweise passt.

Ein objektiver Journalismus sollte sich auf die tatsächlichen Fakten konzentrieren und so berichten, wie die Gesellschaft ist und nicht, wie sie nach eigenem Wunschdenken sein müsste oder sein sollte. Leute, die sich zu einer selbsternannten Elite rechnen, glauben, die Wahrheit, die für sie zuträglich ist, dem Land und seinen Bürgern vorenthalten zu müssen, da ihrer Meinung nach die Bürger[2] unfähig sind mit dieser Wahrheit umzugehen.[3] Das ist unglaublich arrogant und undemokratisch. Dass überhaupt darüber nachgedacht wird, was man nach politischer Korrektheit sagen darf oder nicht sagen darf, zeigt, wie weit wir uns von einer freien Meinungsäußerung entfernt haben. Nachrichten so zu präsentieren, wie etwa bei der Massenzuwanderung von 2015, dass man entgegen der überwiegenden Denkweise der Bürger nur noch der vorgegebenen Meinungsmache der Leitmedien zu folgen hat, führt zu einseitiger Information und zu falschen Reaktionen der Bürger.

Die Menschen werden so durch das einseitige humanistische Sendungsbewusstsein der Medien manipuliert und irri-

---

[2] Unter »Bürger« versteht sich hier und im Folgenden sowohl die männliche wie auch die weibliche Form, also »Bürger« und »Bürgerin«. Dies gilt auch für weitere personenbezogene Bezeichnungen, die im Maskulinum stehen.

[3] Vgl. Prof. Bolz, Norbert im Interview mit Hahne, Peter: Medien zwischen Gefühl und Fakten. Wie viel Wahrheit vertragen wir? Phoenix, 29.4.2017.

tiert, weil beispielsweise die Einhaltung von Recht und Gesetz dadurch in Zweifel gezogen wird und nicht mehr klar erkennbar erscheint. Gesetze sind die Normen und Regeln, die sich der Staat und seine Gesellschaft gegeben haben, damit das Zusammenleben in einer Gesellschaft funktionieren kann. Was der eine für human hält, nennt der andere naiv. So war zum Beispiel die unkontrollierte Massenzuwanderung nach Europa und vor allem nach Deutschland human, verstieß aber gegen Rechtsnormen des deutschen Grundgesetzes, gegen die Europaverträge von Maastricht sowie gegen die Abkommen von Dublin und Schengen. Gesetze sind einzuhalten, daran müssen sich auch alle Politiker und die Medien orientieren, ansonsten verlieren sie ihre Wirksamkeit und ihren Sinn.

So sollte bei einer geordneten Zuwanderung die Regierung nach Gesetzeslage bestimmen, welche und wie viele Menschen einreisen dürfen. Dazu bedarf es aber gesetzlicher Rahmenbedingungen auf der Grundlage eines klar definierten Einwanderungsgesetzes und nicht einer überzogenen Willkommenskultur oder einer Willkommenseuphorie einzelner Bürger. Wenn Zuwanderer ohne Ausweisdokument und ohne eine nachgewiesene politische Verfolgung einfach einreisen können, ohne Konsequenzen zu befürchten, vermittelt der Staat den Bürgern die Handlungsunfähigkeit seiner Regierung und ihrer Institutionen. Jeder muss sich bei der Einreise grundsätzlich ausweisen können. Mehr zu diesem Thema im Kapitel »Zuwanderung und Integration«.

In einer Diktatur werden ohne Wenn und Aber die Regeln und Gesetze aus Angst vor Repressalien beachtet und eingehalten. In einer Demokratie müssen stattdessen die Regeln und Gesetze klar und deutlich definiert sein, die die Toleranzgrenzen nach Gesetzeslage aufzeigen. Ihre Respektierung sollte durch eine starke Justiz untermauert sein, damit die Sicherheit des Staates, seiner Bürger und der innere Frieden in der Gesellschaft gewahrt bleiben. In Deutschland hat sich die Politik

in vielen Politikfeldern immer weiter vom Bürgerwillen entfernt, was zu einer großen Unzufriedenheit, Politikverdrossenheit, Rechtspopulismus und Ohnmacht der Bürger in unserer Gesellschaft geführt hat.[4] Man muss sich nur wundern, dass die Menschen in Deutschland immer noch die unklare Haltung der Politik, der es zudem an einer Zukunftsstrategie mangelt, mit unendlicher Geduld und Gleichgültigkeit ertragen.

Der Wille der Bürger scheint die Regierenden wenig zu interessieren und bei den Regierenden auch nicht mehr gefragt zu sein. Der Zuspruch zur Demokratie sinkt dadurch auch in Deutschland weiter ab, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern. Hat sich die Demokratie überlebt, weil sie durch eine zu weit gefasste Toleranzgrenze schwach und reformbedürftig geworden ist? Oder sind eine falsche Einstellung und falsches Handeln der gewählten Politiker die Ursache? In dieser Situation käme den Medien ein besonderer Informationsauftrag zu, darauf hinzuweisen und beispielsweise auch die Bürger über neue Parteien und deren Ziele zu informieren. Dies wäre für eine demokratische Willensbildung der Bürger von größter Wichtigkeit, denn die Wähler könnten so entscheiden, welche Denk- und Sichtweise der Parteien ihnen besser zusagt.

Doch leider werden diese Informationen dem Bürger und Wähler vorenthalten, die jedoch für eine mündige Gesellschaft und deren Willensbildung von außerordentlicher Bedeutung wären.

Heute orientiert sich die Politik mehr an den Interessen der Eliten und deren Denkweise, weil sie selbst Teil dieser Eliten geworden ist.[5] Aber wissen es die Eliten wirklich besser, oder bestimmen die Machtinteressen der Konzerne und ihre Lobbyisten in ihrem eigenen Interesse, was richtig oder

---

[4] Vgl. Süddeutsche Zeitung: Die Eliten haben sich immer mehr von der Bevölkerung entfernt, 13. August 2018.

[5] Vgl. Hartmann, Michael: Die Abgehobenen: Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Campus-Verlag, 2018.

falsch ist? Immer mehr Menschen trauen sich nicht mehr in der Öffentlichkeit ihre Meinung zu sagen, weil sie Angst haben, mit ihrer Meinung außerhalb der gesellschaftlichen Akzeptanz gestellt zu werden. Nach einer Allensbach-Umfrage von 2019 sagen 80 Prozent der Bürger, dass man zu bestimmten Themen wie etwa der Zuwanderung seine Meinung in der Öffentlichkeit nicht frei aussprechen kann. Als Tabuthema gelten die Flüchtlinge und der Islam. Ein Thema, das die Menschen in Deutschland und Europa zutiefst berührt. Sie wünschen sich mehr Konsequenzen bei der Kontrolle der Zuwanderung und Abschiebung abgelehnter Asylbewerber.[6]

Schlimmer noch ist es in Deutschland, eine vom Medien-Mainstream[7] abweichende patriotische oder konservativ rechte Denkweise zu haben, obwohl noch vor einigen Jahren eine solch konservative Politik rechts von der Mitte als wünschenswert angesehen wurde, um damit die rechte Mitte genauso wie die linke Mitte in den politischen Entscheidungsprozess mit einzubinden. Damit ist nicht eine rechtsextreme und nationalistische Politik gemeint, sondern konservativ im Sinne von Bewahren traditioneller Werte, die das Bewährte gegen einen zweifelhaften Fortschritt schützen wollen. Man sollte das Bewährte erst dann durch Neues ersetzen, wenn man etwas Besseres an dessen Stelle setzen kann.

Den Menschen fehlt es zunehmend an politischer Orientierung. Nichtwähler, Politikverdrossene und Unzufriedene mit der aktuellen Politik stellen mittlerweile mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten. Sie fühlen sich durch die etablierten Parteien nicht mehr vertreten und wenden sich von der Politik ab. Nach ihrem Demokratieverständnis dienen die Politiker, Parteien und Medien schon lange nicht mehr dem Volk

---

[6] Vgl. FAZ, Allensbach-Umfrage: Immer mehr Tabuthemen, 22.5.2019.
[7] Vgl. Krüger, Uwe: Mainstream: Warum wir den Medien nicht mehr trauen, C. H. Beck Verlag, 2016.

als Souverän, sondern erweisen sich auch hier immer mehr als Ausführungsorgane der Machteliten.

Dieser Trend ist auch erkennbar an der seit den 70er Jahren stetig abnehmenden Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen sowie an der Erosion der ehemals großen Volksparteien.

So ist es schon erstaunlich, dass trotz wachsender Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit viele Wähler in Deutschland durch Mangel an Informationen immer wieder Politiker wählen, die gegen ihre Interessen regieren. Möglicherweise lässt sich das mit der Alternativlosigkeit des Parteienangebots begründen oder mit dem Desinteresse und der Gleichgültigkeit vieler Wähler. Auch in anderen substantiellen Fragen, wie etwa der Innen- und Außenpolitik, wird eine eher einseitige regierungsfreundliche Darstellung präsentiert. Dies gilt im Besonderen sowohl für die chaotische, unkontrollierte Massenzuwanderung von 2015 als auch für eine Europapolitik, bei der weder demokratische Mehrheitsentscheidungen noch ein schlüssiges und tragbares Konzept für ein vereintes Europa zu erkennen sind. Insbesondere im europäischen Staatenverbund fehlt es den Bürgern an klar erkennbaren Zuständigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und dem übergeordneten Brüsseler Entscheidungszentrum, das in Zivil- und Handelssachen nationales Recht verdrängt.

Werden die Medien ihrem Informationsauftrag noch gerecht und können sie dem Bürger als Kontrollinstanz der Politik und Wirtschaft dienen? Ist eine Kontrolle der Politik durch die Medien überhaupt noch möglich, wenn Politiker in die mächtigen Kontrollgremien der Sender berufen werden, in die Rundfunk- und Verwaltungsräte oder hohe Posten bei den Öffentlich-Rechtlichen erhalten? Da stellt sich die Frage, wer kontrolliert wen? Auch fällt es demnach schwer, von einer unabhängigen Presse zu sprechen, wie sie das Grundgesetz fordert. Diese Verflechtung von Politik und Medien erschwert

den kritischen Blick auf die reale Sachlage mancher Berichterstattung. So verlieren Medien und Politik weiter an Glaubwürdigkeit und Vertrauen.

Die Medien erwecken mit dem Anspruch einer »politischen Korrektheit« immer mehr den Anschein einer höfischen Berichterstattung und entfernen sich spürbar von ihrem neutralen Informations- und Bildungsauftrag.[8] Dabei sollten sie doch dem Leitspruch von Ferdinand Lassalle[9] folgen, der sagte, »es ist und bleibt immer die revolutionärste Tat, laut zu sagen, was ist«.

Politik und Medien beeinflussen sich gegenseitig und profitieren voneinander. Die Medien bestimmen, über welche Themen und in welcher Form über sie berichtet wird. Und wer die Medien beherrscht, beherrscht auch die Meinung der Massen.

In diesem Szenario verbinden sich subjektive Machtinteressen von Politik und Märkten mit den Medien und bilden so den Mainstream als vorherrschende Meinung. Sie beeinflussen damit die Menschen durch ihre unkritische und angepasste Art der Information und vermitteln entsprechend eine anscheinend ehrliche und objektive Darstellung, die jedoch nicht der Realität entspricht.

Wer glaubt, durch die Medien wahrheitsgemäß, unparteiisch, objektiv und umfassend informiert zu werden, ist entweder naiv oder ein Träumer. Die Menschen sind offensichtlich nicht mehr in der Lage, zu beurteilen, was richtig oder falsch ist.

Eine einseitige Berichterstattung der Medien führt zu falscher Sichtweise und zu falschem Verständnis der realen Sachlage. Ein unabhängiger Journalismus sollte jedoch den Anspruch haben, eine freie Meinungsbildung der Bürger zu ermöglichen.

---

[8] Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Funktionen der Medien in einer demokratischen Gesellschaft I und II, 2016.

[9] Lasalle, Ferdinand (1825–1864). Politiker und Schriftsteller.

Der Journalist Gabor Steingart[10] betont in seinem Podcast »Morning Briefing«, das Problem des Journalismus seien »nicht die kritischen Journalisten«, sondern »die harmlosen«.

Demokratie lebt von der Vielfalt der Meinungen und nicht von einer gleichgeschalteten kollektiven Einheitsmeinung. Letzteres würde gleichermaßen das Ende der Demokratie bedeuten.

[10] Steingart, Gabor (geb. 1962), ist ein deutscher Journalist, Autor und Medienmanager.

Ist Demokratie noch zeitgemäß?

Das Wort »Demokratie« stammt aus dem antiken Griechenland und bedeutet »Herrschaft des Volkes«. Im demokratischen Herrschaftssystem ist also der Souverän, das Volk, der Träger der Staatsgewalt. Typische Merkmale einer Demokratie sind freie und geheime Wahlen, das Mehrheitsprinzip und Respektierung politischer Opposition, die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative sowie die Achtung der Menschenrechte und Pressefreiheit. Sie sind in der Regel in der Verfassung des jeweiligen Staates schriftlich niedergelegt.

Die Demokratie ist inzwischen ein Sammelbegriff für moderne Lebensformen geworden. So zählen heute neben direkten Demokratien, in denen das Volk direkt entscheiden kann, die parlamentarischen Demokratien und parlamentarische Monarchien zu den demokratischen Staats- und Regierungsformen, in denen das Parlament für die Bürger entscheidet.

Demokratie ist wünschenswert, wird aber überall anders definiert und somit auch nach Belieben missbraucht. Ein Beispiel war die Deutsche Demokratische Republik, die DDR. Gegenwärtig wollen fast alle Staaten der Welt demokratisch sein und viele tragen die Bezeichnung Demokratie in ihrem Staatsnamen, ohne aber wichtige Elemente der Demokratie in der Gesellschaft verwirklicht zu haben.

Selbst in den westlichen »demokratischen Staaten« muss die Frage erlaubt sein, ob in den parlamentarischen Demokratien auch wirklich der Wille des Volkes und damit der eigentliche Demokratiegedanke umgesetzt wird. In der Rea-

lität ist nämlich die Macht des Volkes und seiner Wähler meist sehr begrenzt, denn ihr stehen derzeitig die Machtinteressen des neoliberalen Kapitalismus mit einer enormen Kapital- und Machtkonzentration gegenüber.

Diese Machteliten verfolgen ihre eigenen Interessen, die meist dem Demokratiegedanken entgegenstehen. Wo sich Macht konzentriert, ist das Missbrauchspotenzial entsprechend hoch. Auch bei uns in Deutschland können sich die gewählten Abgeordneten als Entscheidungsträger nur schwer ihrem Einfluss entziehen. Bei den Bürgern entsteht der Eindruck, dass diejenigen, die entscheiden, nicht gewählt sind und dass diejenigen, die gewählt sind, nur wenig zu entscheiden haben.[11] In unserer parlamentarischen Demokratie wählen wir Volksvertreter, die als Parlament die politischen Interessen der Bürger vertreten sollen. Dabei wäre im Zeitalter der Digitalisierung auch eine Direktwahl mit einem anderen Wahlsystem möglich.[12] Demokratie und die Durchsetzung des demokratischen Gedankens setzt jedoch Vernunft, Wissen und eine umfassende Information des Volkes voraus. Dabei stellt sich die Frage, in welchem Umfang die Medien frei und unabhängig organisiert sind, die den Bürger umfassend und objektiv informieren sollen. Denn das ist die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Gibt es überhaupt eine Gesellschaft mündiger Bürger oder ist die Vorstellung einer mündigen Gesellschaft nur eine Utopie?

Der einflussreiche amerikanische Journalist Walter Lippmann zweifelte an der Vorstellung des mündigen Bürgers und fand die Lösung in einer Elitendemokratie, die er als die bessere Lösung für eine moderne Industriegesellschaft ansah.[13]

---

[11] Vgl. Seehofer, Horst (CSU) im Interview mit Erwin Pelzig in der Sendung »Pelzig unterhält sich«, 20.5.2010.
[12] Vgl. Jahn, Thilo: Demokratie digital – Aktiv für Volksabstimmungen per App, in Deutschlandfunk, 26.1.2015.
[13] Vgl. Lippmann, Walter: The Phantom Public, 1925.